Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Zucker und Gewürze
Beste Kindernahrung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1894.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Filiale: Marienstrasse 15
(Eingang: Antonsplatz).
Normal-, Reform-, Merino- und seidene Unterzeuge, Blousen und Jaquettes, Shawls, Tücher, Plaids, Unterröcke, Westen, Bade- und Radfahrer-Artikel, Schlafdecken.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Fahrradfabrik „Komet"
Schlick & Hinkelmann,
Amalienstrasse 12.
Permanente Ausstellung
vorzügl. 94er Neuheiten

C. Heinrich Barthel
Stroh- und Filzhutfabrik, Putz- und Modewaarenhaus
30 Waisenhausstrasse 30
(unweit der Victoriastrasse)
Täglicher Eingang von Neuheiten des In- und Auslandes.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16.
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Sonnabend, 17. März.

Nr. 76. Spiegel: Ergebnisse der sächsischen Landtagssession. Feierlicher Landtagsschluß und Thronrede. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Gewerbeschule. Gerichtsverhandlungen. „Die lustigen Weiber", d'Albert Carreno-Concert. Prozeß Plack-Schweinhagen.

An die geehrten auswärtigen Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

zweite Vierteljahr 1894

bei dem betreffenden Postamte **baldigst** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Vom Landtage.

Die Session des 25. ordentlichen Landtags ist vorüber, und in den Thüren der Sitzungssäle rasselt der Schlüssel. Wie dereinst die Bürger Roms an den verschlossenen Thüren des Janustempels, so erkennen heute die Bewohner der sächsischen Residenz an dem „verschlossenen" Aeußeren des Landhauses, daß die Waffen ruhen und der Friede seinen Einzug gehalten hat. Zwar handelt es sich hier nur um geistige Waffen und parteipolitischen Frieden. Nicht der Krieger legt die von feindlichen Hieben mit Beulen gezeichnete Rüstung ab, um zum Pfluge zurückzukehren, sondern die Boten des Landes entledigen sich einfach der ciceronianischen Toga und eilen froh der gethanen Arbeit den Fluren der engeren Heimath entgegen. Aber wenn auch die Waffen des Intellekts keine blutigen Wunden schlagen, so findet sich doch auch unter ihnen manch schneidig scharfes und blitzendes Schwert, und wenn sich zwei ebenbürtige Gegner im Redekampf mit solchem Schwert messen, dann herrscht regelrechter Kriegszustand im Lager der Parteien. Im Allgemeinen kann man freilich nicht behaupten, daß der verflossene Landtag dem Wettbewerb der Parteien um das Interesse des Landes und die Gunst der Wähler ein besonders feindseliges Gepräge aufgedrückt habe. Der Geist besonnener Mäßigung, der dem sächsischen Volke eigen ist, wußte sich die Herrschaft auch bei den diesmaligen Landtagsverhandlungen zu sichern. Immerhin gab es doch Augenblicke, in denen die Debatte die gewohnten Geleise der leidenschaftslosen Erörterung verließ und aus einem anfänglichen Vorpostengeplänkel in einen wogenden erregten Meinungsstreit umschlug. Das war stets dann der Fall, wenn die Wortführer der Sozialdemokraten durch provokatorische Redewendungen den Zorn der Ordnungsparteien aufstachelten, sodaß die Pflicht des moralischen Bewußtseins die Vertreter der bestehenden Gesellschaft auf die Zinnen rief. Bei solchen Gelegenheiten ging es mitunter heiß her. Aber niemals machte sich dabei eine Dissonanz im Lager der Ordnungsparteien geltend. Der sozialdemokratische Ansturm begegnete jedes Mal einer geschlossenen Phalanx, in der konservative Obserranz, liberale Doktrin und fortschrittlicher Freiheitsdrang mit aufopfernder Einmüthigkeit zusammenstanden und manchem sozialdemokratischen Schwarmgeist das Lebenslicht ausbliesen. Der moralische Erfolg derartiger Redekämpfe zwischen den Kämpfern für Ordnung und Recht und den Aposteln der sozialen Revolution heftete sich ausnahmslos an die Fahnen der Ersteren. Die Sozialdemokratie wird unzweifelhaft des 25. Landtags mit recht gemischten Gefühlen gedenken, denn selten ist ihr wohl mit solcher vernichtender Gründlichkeit heimgeleuchtet worden, wie sie die sächsischen Ordnungsparteien in ihrer diesmaligen Tagung zur Anwendung gebracht haben. Es ist eine schwere und schmerzhafte „Abfuhr", welche sich die Sozialdemokratie zugezogen hat, und der nächste Landtag wird voraussichtlich herankommen, ehe die Wunde vernarbt ist, sodaß die Herren bei ihrer Wiederkehr im Jahre 1895 wohl noch mit moralischen Kompressen behaftet auf der Bildfläche erscheinen werden. Es war ein gar klägliches Liedchen, das sie von Polizeidespotismus und Gesetzlosigkeit, die angeblich in sächsischen Landen herrschen sollten, zu singen wußten. Man merkte aber bald, woher der Wind wehte, als die Klagelieder der Bebelianer begannen, sich um den festen Punkt des sächsischen Vereinsgesetzes zu drehen. Ja, da liegt allerdings der sozialdemokratische Hase im ordnungsparteilichen Pfeffer! Für revolutionäre Quertreibereien unter dem Deckmantel des Gesetzes hat unser Vereinsgesetz wenig übrig. Aber das ist gerade ein ganz besonderer Vorzug des sächsischen Staatswesens, um den uns gewiß der führende Bundesstaat mitunter ernstlich beneiden wird. Das sächsische Vereinsgesetz verdient in der That den Namen eines Juwels, den ihm der Minister mit voller Ueberzeugung beilegte. Wenn die Weltverbesserer an dieser Stelle der Schuh drückt, so ist das nur ein Beweis, wie vortrefflich die Weisheit Derjenigen gewesen ist, die das Gesetz geschaffen und bewahrt haben. Wie das Gesetz aber einmal ist, so muß es auch befolgt werden. Diese Wahrheit pflegen die auswärtigen jüdisch-demokratischen Herumnörgler an den sächsischen Zuständen geflissentlich ihren Lesern zu verschweigen.

Während der Landtag es so auf der einen Seite sich zur Aufgabe machte, den sozialdemokratischen Augiasstall mit kräftigem Besen auszukehren, erwies er sich zugleich überaus thätig in positivem Schaffen. Ein legislatorisches Werk von besonderer Bedeutung erstand in der Novelle zum Einkommensteuergesetz, die nicht nur den mittleren Einkommensklassen eine Erleichterung gewährt, sondern die auch durch schärfere Heranziehung der höheren Klassen die Wiedereinstellung der ursprünglich vom Etat abgesetzt gewesenen Schuldotation ermöglicht und dadurch eine Ursache lebhafter Unzufriedenheit aus der Welt schafft. Durch die ganzen Steuerdebatten wehte sowohl in der Ersten wie in der Zweiten Kammer ein frischer reformatorischer Hauch. Mit größtem Nachdruck wurden namentlich zwei Gesichtspunkte betont: einmal die Unmöglichkeit des doktrinären Festhaltens an der allein Geld bringenden Kraft des direkten Steuersystems und zum Anderen die Nothwendigkeit einer anderweitigen Regelung des jetzigen Verhältnisses zwischen der staatlichen und der kommunalen Besteuerung. In letzterer Beziehung ist man heute in den Kreisen der Steuerzahler wohl ausnahmslos zu der Ueberzeugung gelangt, daß das bestehende System der Erhebung hoher prozentualer Zuschläge zur Staatseinkommensteuer das denkbar schlechteste ist. Für die Zukunft wird man eine Trennung des gegenständlichen Gebiets dahin vornehmen müssen, daß die Gemeinden im Wesentlichen auf die indirekte Besteuerung verwiesen werden, während der Staat auf die direkte Steuer und das Reich auf gewisse besonders ergiebige indirekte Steuerarten beschränkt bliebe. Voraussetzung einer derartigen Vertheilung der Steuerquellen würde freilich die Reichsfinanzreform mit einer theilweisen Finanzirung der Einzelstaaten durch das Reich sein. In dieser Frage heißt es: „Kommt Zeit, kommt Rath." Ehe ihre Lösung endgiltig in die Hand genommen werden kann, wird noch mancher Zinsgroschen nach dem jetzigen Besteuerungsmodus dem Staats- und Gemeindesäckel zufließen.

Dem Eisenbahnbedürfniß des Landes ist auch in diesem Landtag gebührende Berücksichtigung geschenkt worden. Die Landboten haben sich das Verdienst erworben, manchem von der Regierung nicht beachteten Wunsch zur Erfüllung verholfen zu haben. Die zahlreichen Dankesadressen und Illuminationen, die aus derartigen Anlässen gespendet und veranstaltet worden sind, beweisen deutlich die große Genugthuung, die das energische Eintreten der Abgeordneten für die Interessen der Provinz im Lande hervorgerufen hat. So werden denn wohl die viel gehörten Klagen, daß die gewaltigen Dresdner Eisenbahn-Neubauten das Land benachtheiligten, allmählich verstummen.

Sehr bemerkenswerth und in großem Stil gehalten waren die Debatten, die sich an die Anträge und Petitionen wegen einer Neuordnung des Wasserrechts und Erbauung des Elster-Saale-Kanals knüpften. Die Bedeutung der Wasserstraßen für das Transportwesen ist eine außerordentliche. Die Binnenschiffahrt hat bei uns in erster Linie dazu beigetragen, den Transport auf weitere Entfernungen zu vermitteln und auf diese Weise die Thätigkeit der Eisenbahnen zu ergänzen. Ja, man kann sagen, daß unsere Binnenschiffahrt die Eisenbahnen in Bezug auf die Billigkeit der Beförderung immer mehr unterbietet und ihnen in Bezug auf Schnelligkeit, Regelmäßigkeit und Sicherheit des Transports immer näher kommt. Von diesem Gesichtspunkte aus wußte die Ständeversammlung die Bedeutung des Kanalprojekts wohl zu bewerthen. Nicht minder fand die vom Abg. Opitz mit ausgezeichnetem Verständniß und gründlichem Wissen behandelte Wasserrechtsfrage eingehende Würdigung. Mit größtem Recht wurde im Anschluß an die Petition der Weißeritz-Interessenten, die für die Industrie in der Umgebung Dresden bedeutsam ist, darauf hingewiesen, daß eine allseitig und dauernd befriedigende Regelung dieser Materie nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung möglich sei. Solange diese Modalität aber nicht in Betracht gezogen werden könne, müßte der weiter von der Mündung eines Stromes entfernte Staat mit der Regelung den Anfang machen, nicht umgekehrt. Es wäre daher sachlich richtiger und den in Frage kommenden Interessen zuträglicher gewesen, wenn Sachsen nicht auf die preußische Initiative auf diesem Gebiet gewartet hätte.

Was die Herzen der Landboten bewegte, klang harmonisch aus in den Schlußreden der Präsidenten beider Kammern. Insbesondere der Hinweis des Grafen v. Könneritz auf die Eigenart der sächsischen Institutionen, auf die Innigkeit des Verhältnisses zwischen Fürst und Volk, auf die wohlwollende und zuvorkommende Haltung der Regierung gegenüber der Volksvertretung wird einen lauten Wiederhall im ganzen Lande finden, um so mehr, als gewisse zur Zeit in Berlin sich abspielende Vorgänge, für welche das Prädikat „unbegreiflich" als ein milder Ausdruck erscheint, den Werth gewisser berechtigter Eigenthümlichkeiten einzelner Bundesstaaten besonders lebhaft zum Bewußtsein bringen. Den Schluß der offiziellen Abschiedsreden bildeten die üblichen Dankagungen. Mit peinlicher Sorgfalt erhielt Jeder seinen Antheil aus dem reichen Dankesfonds der Herren Präsidenten zugewiesen, der nur irgendwie an den Arbeiten der beiden Kammern betheiligt gewesen war; mit vollem Recht vergaß man auch der Stenographen nicht. Nur eines einzigen Faktors geschah keine Erwähnung; die Presse mußte sich unter das kaudinische Joch eines eisigen Stillschweigens beugen, und trauernd ob ihrer also festgestellten Dankesunwürdigkeit verließen die Vertreter der 7. Großmacht die Räume, in denen sie so manchen Schweißtropfen vergossen, aber den Lorbeer zu pflücken nicht vermocht hatten. Wirklich trauernd? Nein. Die Herren Präsidenten der beiden Kammern haben ja in ihrer erhobenen Ignorirung der Presse den trockenen Gang der Ereignisse mit einem guten Witze gewürzt. Denn was wären alle unsere Parlamente ohne die Presse, ohne die Sprachorgane derselben, auf denen die ganze Macht und Bedeutung der Parlamente beruht? Und die Vertreter dieser Organe, welche wahrlich auch auf eine anstrengende Thätigkeit unter oft schwierigen Verhältnissen zurückblicken, unterläßt man in die lange Reihe der Dankesempfänger aufzunehmen? Ist das etwa kein guter Witz? Aber „darum keene Feindschaft nich"! Mit den ordnungsparteilichen Landboten weiß sich auch die nationale Presse in der hochherzigen Gesinnung für König, Volk und Vaterland eins, und von diesem gemeinsamen Postament aus wünscht sie den Volksvertretern eine fröhliche Heimfahrt und ruft ihnen ein herzliches „Auf Wiedersehen" nach.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. März.

Berlin. Die Staatsanwälte beantragten gegen Plack 2 Jahre, gegen Schweinhagen 1½ Jahr und gegen Tewald 9 Monate Gefängniß.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst die 3. Berathung des russischen Handelsvertrags. Abg. Heyl zu Herrnsheim begründet den Standpunkt derjenigen seiner nationalliberalen Freunde, welche den Vertrag ablehnen. — Abg. Frhr. v. Heereman (Centr.) spricht für den Vertrag. Die Landwirthschaft im Westen habe, nachdem die Staffeltarife gefallen, von dem Vertrage nichts zu fürchten. Für den Osten würde die Aufrechterhaltung des Differentialzolls wenig Nutzen haben. Der Landwirthschaft müsse durch andere Maßnahmen Hilfe gebracht werden. Der Liberalismus habe sich an der Landwirthschaft schwer versündigt; das vielgeschmähte Feudalsystem sei viel wohlwollender gewesen. — Abg. Frhr. v. Hammerstein (kons.): Er wisse, daß er einen verlorenen Posten einnehme, nachdem die Handelsgesellschaft ihre Schuldigkeit gethan. Durch den russischen Vertrag wird die wirthschaftliche Stärkung, die wir Oesterreich durch den Vertrag mit diesem angedeihen lassen wollten, vollständig paralysirt. Rußland an das mitteldeutsche Wirthschaftsgebiet angliedern heißt so viel, wie den Bock in die Umzäunung lassen, die man zum Schutz gegen die Hasen errichtete. Rußland wird, begünstigt durch den Rubelkurs, den Roggenpreis so herabdrücken, daß die deutsche Landwirthschaft auf das Schwerste geschädigt wird. Der Gang der Politik Rußlands wird durch den Handelsvertrag nicht im Geringsten beeinflußt. Die Deutschen werden verfolgt, ebenso Protestanten und Katholiken. Daran wird durch den Vertrag nichts geändert. Im Gegentheil, die deutschen Kolonisten werden um so mehr unterdrückt werden, als sich der Betrieb der Landwirthschaft in Rußland lohne. Der Kaiser von Rußland möge das Beste wollen, aber er stehe dem Ringe des Beamtenthums gegenüber. Die Konservativen werden ihre allgemeine Haltung nicht ändern, aber wenn man ihrer Mitwirkung nicht wird entrathen können, dann werden sie sagen: der Worte sind genug gefallen, laßt uns nun endlich Thaten sehen. Man möge sich durch den Zustimmungsrummel nicht bethören lassen. Der Vertrag werde der Industrie keinen Nutzen bringen. Der Vertrag ist als ein Marksstein bezeichnet worden; er wird ein Leichenstein sein, auf dem zu lesen ist: Hier wurde die deutsche Landwirthschaft begraben! Und auf der anderen Seite: Die deutsche Industrie folgt mir nach. (Zustimmung rechts.) — Abg. Fürst Radziwill (Pole) tritt den an die Mandatsniederlegung Koscielski's geknüpften weitgehenden Erwartungen entgegen. Der Handelsvertrag werde nicht eine solche Verwüstung nach sich ziehen, als es die Polenpolitik gethan. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) sieht aus, daß eine durchgreifende Hilfe der Landwirthschaft nur durch eine sachgemäße Lösung der Währungsfrage erwachsen könne. — Abg. Thomsen (freis. Ver.), selbst Landwirth, tritt für den Vertrag ein. — Abg. Liebermann von Sonnenberg (Deutschnat.): Der Moment, den die Regierung wählte, zur Vertragspolitik überzugehen, war sehr ungünstig gewählt. In einer Zeit, da der Schutz unseres Vaterlandes uns große Opfer auferlegt, war es nicht angebracht, das wirthschaftliche Schwergewicht auf die rollende Kugel von Handel und Exportindustrie zu legen, anstatt auf die Landwirthschaft. Es ist das Unglück der deutschen Nation, daß die Männer der Regierung sehr viel gelesen und nichts erlebt haben. Dr. Schönlank sagte: es sei der Zeitpunkt gekommen, den Junkern das Rückgrat zu brechen. Das ist nicht geschehen. Sie haben Rückgrat bewiesen, und das ist gut, denn in Zeiten der Noth bedarf das Vaterland Männer mit starkem Rückgrat. Die Sozialdemokratie erwartet, daß auf den Aufschwung der Industrie bald eine schwere Krisis folgen werde, und hofft dabei ihre Zwecke zu erreichen. Herrn Richter bestimmt zum Theil derselbe Grund wie die Sozialdemokraten: den Junkern das Rückgrat zu brechen. Und was Herrn Rickert bewegt — er (der Reichskanzler) hat ihm ja auf die Schulter geklopft! (Große Heiterkeit.) Für das Centrum kommen taktische Gründe in Betracht. Bemerkenswerth ist, wie es bestrebt ist, nach außen hin den Anschein großer Junkerfreundlichkeit zu erwecken. Alles, was für die Landwirthschaft gethan werden kann, wird vergeblich sein, so lange man an dem römischen Recht festhält. Man sollte den neuen Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs auf einem Scheiterhaufen verbrennen und zum deutschen Recht übergehen. Der russische Handelsvertrag ist ein unreifes Zeug. (Beifall rechts.) — Abg. Dr. Lieber (Centr.): Er habe für den 5 M. Zoll i. J. nur gestimmt, weil ihm damals der Vorsitzende seiner Fraktion glaubhaft versicherte, das sei der Anfang zur Vertragspolitik. Die Landwirthschaft könne sich doch nicht beklagen, da sie jetzt immer noch 50 Pfg. mehr Zoll behalte, als sie vor 1887 hatte. So lange die Landwirthschaft auf den Export angewiesen war, war sie freihändlerisch; jetzt ist es umgekehrt. Wenn es uns gelingt, Rußland in das europäische Wirthschaftsgebiet hineinzubringen, so ist das ein ungeheurer wirthschaftlicher Erfolg. (Widerspruch.) Würdig der Erfolge von 1870 sind die Erfolge des Enkels. — Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.) glaubt nicht, daß der Schwerpunkt der russischen Politik in dem Abschluß von Handelsverträgen oder in Handelsgeschäften überhaupt beruht. Handelsverträge können Rußland nur dazu dienen, sich wirthschaftlich dahin zu stärken, daß es seine weitere Politik mit größerem Nachdruck verfolgen kann. Redner erklärt Namens seiner Fraktion, daß derselben bei ihrer Haltung jede persönliche Rücksicht ferngelegen habe. Sie sei weit davon entfernt, in die Rechte der Krone bezüglich der Wahl ihrer Rathgeber einzugreifen; aber gegen einen schädlichen Rath aufzutreten, würden seine Freunde immer als ihre Pflicht betrachten. Es sei bedauerlich, daß die Herren Singer und Bebel, die Alles regiren, die von dem Deutschen Reiche selbst nichts wissen wollten, das Recht haben, hier mit hinein zu reden und an der Gesetzgebung mit zu arbeiten. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Redner

Friedrich & Glöckner empfehlen streng reell
und Lackfarben, pfundweise nur an unsere Detail-Geschäfts-Firmen:
Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.